

## **ARD und ZDF unter Druck der Politik**

**Die Politik will ARD und ZDF knebeln und greift mit einer ungewöhnlichen Beschneidung der Gebührenerhöhung in die Rundfunkfreiheit ein. Auch in Deutschland ist der öffentliche Rundfunk massiv unter Druck und seine Zukunft fragiler denn je.**

### **Von Günter Herkel**

Um monatlich zwei Gebühreneuros mehr hatten ARD und ZDF die Rundfunkteilnehmer ursprünglich schröpfen wollen, und zwar vom Jahresbeginn 2005 an. Eine zu üppige Erhöhung, befand die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) und bewilligte 1,09 Euro, nur gerade mal die Hälfte. Die SMS-Koalition der Ministerpräsidenten Stoiber-Milbradt-Steinbrück entdeckte plötzlich ihr Herz für den krisengebeutelten Bürger und stutzte den Betrag noch einmal zusammen. Nach der zusätzlichen Minderung um 21 auf 88 Cent werden die Rundfunkteilnehmer also vom 1. April an monatlich 17,03 Euro für den Radio- und Fernsehempfang berappen müssen. Die Zustimmung aller 16 Länderparlamente Deutschlands gilt inzwischen als wahrscheinlich, wenn auch nicht als hundertprozentig sicher.

Bayerns Landesvater Edmund Stoiber redete Tacheles: In Zeiten, da alle möglichen staatlichen Sozialleistungen zur Disposition stünden, sei eine «ganz beachtliche Erhöhung» der Rundfunkgebühren dem Publikum schlechterdings «nicht darstellbar». Das vorgeschobene Argument einer vermeintlichen «Sozialverträglichkeit» der verminderten Gebühr konnte indes nicht über den Tabubruch beim bisherigen System der Gebührenermittlung hinweg täuschen. Erstmals in einer Gebührenrunde haben sich die Politiker über die KEF-Empfehlung hinweggesetzt. Das bisher als auch im europäischen Vergleich mustergültige, weil staatsferne Verfahren der Gebührenfestsetzung wurde durch diese Intervention massiv beschädigt, die Autorität der KEF herabgewürdigt.

### **Politische Motive**

Selbst der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, der Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder, kam nicht umhin, den von ihm zähneknirschend mitgetragenen fragwürdigen Länder-«Kompromiss» als «kunstvoll gedrechselt» zu beschönigen. Die Behauptung des SPD-Mannes, damit «verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite» gelandet zu sein, traf allerdings auf massiven Widerspruch. Der stellvertretende ARD-Vorsitzende Fritz Pleitgen hielt es für «ausserordentlich bedenklich», dass die Berechnungen der KEF durch «politisch motivierte Überlegungen» abgelöst worden seien. Dieser «Methodenwechsel» könne zu einem «irreparablen Schaden» führen. Und Frank Werneke, Vize-Chef der Mediengewerkschaft ver.di, forderte die Intendanten von ARD und ZDF auf, «wegen der sonst drohenden dauerhaften Beschädigung des Verfahrens» eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einzureichen.

### **ARD und ZDF schwächen**

Laut Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts darf die Politik die Gebühr nicht als Knebel zur Einflussnahme auf die Rundfunkfreiheit und die Programmautonomie instrumentalisieren. Das Vorgehen der Ministerpräsidenten läuft aber in mehrfacher Hinsicht auf einen massiven Eingriff in diese Rundfunkfreiheit hinaus. Per Selbstverpflichtung wurden die Anstalten dazu verdonnert, Einschnitte in Programm- und Personalplanung hinzunehmen. Das reicht von eher kleinteiligen Punkten wie der Begrenzung der «Kinderkanal»-Sendezeiten bis hin zum Imperativ eines Personalabbaus von 550 Planstellen bei ARD und ZDF innerhalb der kommenden Gebührenperiode. Durch die Festlegung von Programmobergrenzen werde «die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschnitten und massiv in die Programmhoheit und Organisationsfreiheit der Anstalten eingegriffen», urteilte ver.di-Vize Frank Werneke.

Ursprünglich hatte die SMS-Bande weitaus radikalere Schnitte anvisiert. Doch musste sie sich nach öffentlichem Widerstand von einigen ihrer Maximalforderungen verabschieden: etwa denen nach sofortigen «tief greifenden Strukturveränderungen in den Anstalten» und einer deutlichen Verminderung der öffentlichen Programme. Jetzt erklärten sich die Länderchefs in einer Protokollerklärung geradezu grosszügig bereit, «längerfristig die Programmaktivitäten im jetzigen Umfang zu finanzieren». Das Ganze gekoppelt an eine «Überprüfung der Strukturen, technologischer Fortentwicklung» und «Gleichwertigkeit der Versorgung». Das alles ist stark auslegungsbedürftig und will sagen: Bestandsgarantie für den öffentlichen Rundfunk ja, Weiterentwicklungsgarantie eher nicht.

Immerhin ein Fortschritt gegenüber den teilweise hanebüchene Vorschlägen der Herren Stoiber, Milbradt und Steinbrück aus dem Jahre 2003. Seinerzeit wurde unter anderem gefordert, die Kulturkanäle ARTE und 3sat zusammen zu legen. Von ARTE lässt man inzwischen die Finger, aber beim Gemeinschaftsprogramm 3sat wollen die Länder nun geprüft wissen, «ob und inwieweit» es «auf deutscher Seite in die alleinige programmliche Zuständigkeit des ZDF überführt werden kann». Eine kleine Kampfansage an die ARD pünktlich zum 20. Geburtstag des österreichisch-schweizerisch-deutschen Kooperationsprojekts 3sat. Der Vorgang lässt ahnen, dass es unter dem Druck der Politik künftig zu verschärftem Konkurrenzverhalten zwischen beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten kommen könnte. Einen ersten Vorgeschmack darauf gab die Auseinandersetzung um «Konter-Programmierungen», die sich die Programmdirektoren Günter Struve (ARD) und Thomas Bellut (ZDF) zur Jahreswende lieferten. «Tagesthemen» kontra «heute Journal», Kerner gegen den ARD-Heimkehrer Harald Schmidt? Ein gefährliches Spiel, denn von einem möglichen Verdrängungswettbewerb würden vermutlich zuallererst die Privatsender profitieren.

Das käme auch jenen gelegen, die die Schwächung von ARD und ZDF zum strategischen Leitziel ihrer standortpolitisch motivierten Absichten auserkoren haben. Allen voran NRW-Landeschef Peer Steinbrück, der unlängst eine «Neujustierung» des öffentlich-rechtlichen Rundfunks androhte. Einschneidende Strukturveränderungen müssen dem Ziel dienen, ARD und ZDF durch «Konzentration auf ihren Kern» zukunftsfähig zu machen.

## **Öffentliche Programme beschneiden**

Einige der Forderungen Steinbrücks wie die nach «erhöhter Kostentransparenz» oder nach kritischem Hinterfragen von Aktivitäten wie Beratung, Datenbanken, Partnervermittlung und Product Placement könnte sicher auch jeder brave Gewerkschafter unterschreiben. Gemessen an bisherigen Kahlschlag-Szenarien von Steinbrück & Co. drängt sich allerdings eher das Bild vom Wolf im Schafspelz auf. Steinbrücks lobender Hinweis auf das Sanierungsbeispiel der BBC (siehe Kasten) wurde vom scheidenden ARD-Vorsitzenden Jobst Plog denn auch als «abwegig» zurückgewiesen. Die ARD-Sender, so Plog, hätten ihre Strukturen «sehr viel früher reformiert» als die BBC.

«Konzentration auf den Kern»? Das liefe auf ein Abdrängen der Öffentlich-Rechtlichen in die Nische hinaus, in das Ghetto einer eher restriktiv definierten Grundversorgung. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie die Strukturveränderer bei ausbleibendem Publikumserfolg eines abgemagerten öffentlich-rechtlichen Rundfunks bald die Schicksalsfrage nach der Gebührenlegitimation stellen würden. Insofern lässt sich die Debatte eben nicht «unabhängig von irgendwelchen Gebührenrunden» führen. Bayerns Edmund Stoiber jedenfalls sieht bereits gute Aussichten für eine Nullrunde beim nächsten Gebührenpoker, «weil so viele Strukturveränderungen in der kommenden Gebührenperiode stattfinden, dass man mit denselben Gebühren mehr machen kann». Und sein Generalsekretär Markus Söder, auch Vorsitzender der CSU-Medienkommission, schwadronierte unlängst im Herrenmagazin «GQ Gentlemen's Quarterly» gar von einer regional gespaltenen Rundfunkgebühr. Bayern habe schliesslich die meisten Gebührenzahler. «Und wer zahlt, sollte sich auch im Programm wieder finden dürfen», so Söder, daher könne er sich «eine gesplittete Gebühr für jedes Land» vorstellen.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben auf den von der Politik ausgegebenen Imperativ einer «Konzentration auf den Kern» bereits reagiert. Wie zu befürchten war, trifft der Sparwille der Anstalten vor allem das Programm – es ist schlicht die flexibelste Grösse im Kostengefüge der Sender. Wenn sich nach der Ratifizierung des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrags durch die Länderparlamente der Pulverdampf

verzogen hat, wird sich zeigen, wie gross der angerichtete kulturelle Schaden ausfällt. Das politische Manöver mit der Demontage der KEF spielt jenen Kräften in die Hände, die seit jeher die deutsche Rundfunkgebühr als eine Art Staatssteuer missverstanden haben. Also vor allem der EU-Kommission, die – angefeuert von deutschen Privatsendern – die unterstellte «Wettbewerbsverzerrung» durch ARD und ZDF nun umso aggressiver angreifen werden. <

**Günter Herkel ist freier Journalist in Berlin.**